



VGem. Schauenstein, Postfach 53, 95197 Schauenstein

Telefon: (09252) 9960-0

Piratenpartei Landesverband Bayern
Schopenhauer Str. 71
80807 München

Es schreibt Ihnen:

Manuela Puchta

Telefon: 09252 / 99 60-12

Telefax: 09252 / 99 60-26

E-Mail:

manuela.puchta@schauenstein.de

Schauenstein, 26. April 2021

Bitte beziehen Sie sich auf unser Zeichen:

12-1312.3

Wir handeln mit diesem Schreiben als Behörde der Gemeinde Leupoldsgrün.

Werbung auf öffentlichen Straßen aus Anlass der Bundestagswahl 2021

Anlage: Verordnung über das Anbringen von Anschlägen und Plakaten und über die Darstellungen durch Bildwerfer in Leupoldsgrün (Plakatierungsverordnung)

Sehr geehrte Damen und Herren,

email vom 17.04.2021 beabsichtigen Sie die Aufstellung von Wahlwerbetafeln anlässlich der Bundestagswahl 2021.

Die zu den Wahlen zugelassenen politischen Parteien und Wählergruppen unterliegen anlässlich der Bundestagswahl nicht den Beschränkungen der Plakatierungsverordnung der Stadt Schauenstein, sofern sich die Plakatierung auf den Zeitraum von sechs Wochen vor dem Wahltermin beschränkt. Die Erteilung einer förmlichen Genehmigung ist für den von Ihnen geschilderten Zweck nicht erforderlich bzw. möglich. Für die Aufstellung von Werbetafeln auf privaten Flächen wenden Sie sich bitte an den jeweiligen Grundstückseigentümer.

Die Gemeinde Leupoldsgrün weist darauf hin, dass die Werbemittel nach § 3 Abs. 2 der Plakatierungsverordnung innerhalb einer Woche nach der Wahl wieder entfernt werden müssen.

Die Plakatierungsverordnung der Gemeinde Leupoldsgrün erhalten Sie zu Ihrer Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Puchta

Verwaltungsfachangestellte

Hausanschrift
Rathausplatz 1
95197 Schauenstein
www.schauenstein.de
E-MAIL:
stadt@schauenstein.de

Sprechzeiten der Verwaltung
Montag 08:00-12:00, 14:00-18:00 Uhr
Dienstag, Mittwoch, Freitag: 08:00-12:00 Uhr
Donnerstag: 08:00-12:00, 14:00-16:00 Uhr

Bankverbindungen:

Sparkasse Hochfranken BIC BYLADEM1HOF
IBAN: DE35 7805 0000 0430 3004 00 (Stadt Schauenstein) oder
IBAN: DE87 7805 0000 0380 0043 82(Gemeinde Leupoldsgrün)

Raiffeisenbank Hochfranken West eG BIC GENODEF1SZF
IBAN: DE87 7706 9870 0000 7117 05 (Stadt Schauenstein) oder
IBAN: DE15 7706 9870 0000 6107 63 (Gemeinde Leupoldsgrün)

Verordnung über das Anbringen von Anschlägen und Plakaten und über die Darstellungen durch Bildwerfer der Gemeinde Leupoldsgrün (Plakatierungsverordnung)

vom 2. Dezember 2005, zuletzt geändert durch Verordnung vom 09.08.2019

Aufgrund des Art. 28 des Landesstraß- und Verordnungsgesetzes erlässt die Gemeinde Leupoldsgrün die folgende

Verordnung:

§ 1 Beschränkung von Anschlägen auf bestimmte Flächen

- (1) Zum Schutz des Orts- und Landschaftsbildes und zum Schutze von Natur-, Kunst- und Kulturdenkmälern ist es verboten, öffentliche Anschläge innerhalb des Gemeindegebietes entlang der Staatsstraße 2693 und der Kreisstraße HO 7 anzubringen.
- (2) Darstellungen durch Bildwerfer dürfen in der Öffentlichkeit nur nach vorheriger Genehmigung durch die Gemeinde vorgeführt werden.

§ 2 Begriffsbestimmung

- (1) Anschläge in der Öffentlichkeit sind Plakate, Zettel oder Tafeln, die an unbeweglichen Gegenständen wie Häusern, Mauern, Zäunen, Telegrafmasten oder an beweglichen Gegenständen wie Ständern angebracht werden, wenn die Anschläge von einer nach Zahl und Zusammensetzung unbestimmten Menschenmenge - insbesondere vom öffentlichen Verkehrsraum - aus wahrgenommen werden können.
- (2) Die Vorschriften insbesondere der Straßenverkehrsordnung, des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes, des Bundesfernstraßengesetzes, der Bayerischen Bauordnung (BayBO) und des Baugesetzbuches bleiben unberührt. Insbesondere ortsfeste Anlagen der Wirtschaftswerbung (Werbeanlagen) im Sinn von Art. 2 Abs. 1 Satz 2 BayBO fallen somit nicht unter den Regelungsbereich dieser Verordnung.

§ 3 Ausnahmen

- (1) Von der Beschränkung nach § 1 ausgenommen sind Bekanntmachungen,
 1. die von den Eigentümern, dinglich Berechtigten, Pächtern oder Mietern von Anwesen oder Grundstücken an diesen in eigener Sache angeschlagen werden (z.B. Anschläge, die in den Schaufenstern oder Eingangstüren von Geschäften und Gewerbebetrieben ausgestellt werden),
 2. ferner Ankündigungen öffentlich-rechtlicher Religionsgemeinschaften und örtlicher Vereine und Verbände an den jeweiligen Anschlagtafeln
 3. sowie Plakate und Ankündigungen, die für Veranstaltungen örtlicher Kirchen, Vereine und Verbände außerhalb der von der Gemeinde zum Anschlag bestimmten Einrichtungen (§ 1 Abs. 2), angebracht worden sind, wenn die Plakate nicht früher als 14 Tage vor der Veranstaltung aushängen und binnen drei Tagen nach der Veranstaltung wieder entfernt werden.
- (2) Von der Beschränkung nach § 1 ebenfalls ausgenommen sind Wahlplakate und ähnliche

Werbemittel, die außerhalb der von der Gemeinde zum Anschlag bestimmten Anschlagtafeln (§ 1 Abs. 2), insbesondere an beweglichen Wahlplakatständern angebracht worden sind, in folgendem Umfang:

- a) bei Europawahlen, Bundestagswahlen, Landtagswahlen und Kommunalwahlen die politischen Parteien und Wählergruppen für einen Zeitraum von sechs Wochen vor dem Wahltermin,
- b) bei Volksbegehren die jeweiligen Antragstellerinnen und Antragsteller für einen Zeitraum von vier Wochen vor dem Beginn bis zum Ende der Auslegung der Eintragungslisten,
- c) bei Bürgerbegehren die jeweiligen vertretungsberechtigten Personen für einen Zeitraum von sechs Wochen ab Anzeige bei der zuständigen Straßenverkehrsbehörde,
- d) bei Volks- und Bürgerentscheiden die jeweiligen politischen Parteien und Wählergruppen sowie die jeweiligen Antragstellerinnen und Antragsteller und vertretungsberechtigten Personen der zur Abstimmung zugelassenen Begehren für einen Zeitraum von sechs Wochen vor dem Abstimmungstermin

Diese Werbemittel müssen innerhalb einer Woche nach der Wahl wieder entfernt werden.

- (3) Im Übrigen kann die Gemeinde in besonderen Fällen – insbesondere anlässlich besonderer Ereignisse – im Einzelfall auf Antrag Ausnahmen von den Beschränkungen des § 1 gestatten, wenn dadurch das Orts- und Landschaftsbild oder ein Natur-, Kunst- oder Kulturdenkmal nicht oder nur unwesentlich beeinträchtigt wird und Gewähr besteht, dass die Anschläge innerhalb einer gesetzten Frist wieder beseitigt sind.

§ 4 Ordnungswidrigkeiten

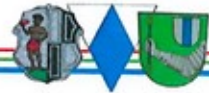
Nach Art. 28 Abs. 2 LStVG kann mit Geldbuße belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 1 ohne eine Ausnahmegenehmigung nach § 3 öffentlich Anschläge außerhalb der zugelassenen Flächen anbringt oder anbringen lässt,
2. entgegen § 1 Absatz 2 ohne Genehmigung öffentliche Bilddarstellungen vorführt.

§ 5 In-Kraft-Treten - Geltungsdauer

- (1) Diese Verordnung tritt eine Woche nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Die Verordnung gilt 20 Jahre.

¹⁾ § 3 Abs. 2 geändert durch die am 01.10.2019 in Kraft getretene Änderungsverordnung vom 09.08.2019



VGem. Schauenstein, Postfach 53, 95197 Schauenstein

Telefon: (09252) 9960-0

Piratenpartei Landesverband Bayern
Schopenhauer Str. 71
80807 München

Es schreibt Ihnen:

Manuela Puchta
Telefon: 09252 / 99 60-12
Telefax: 09252 / 99 60-26
E-Mail: manuela.puchta@schauenstein.de

Schauenstein, 26. April 2021

Bitte beziehen Sie sich auf unser Zeichen:

12-1312.2

Wir handeln mit diesem Schreiben als Behörde der Stadt Schauenstein.

Werbung auf öffentlichen Straßen aus Anlass der Bundestagswahl 2021

Anlage: Verordnung über das Anbringen von Anschlägen und Plakaten und über die Darstellungen durch Bildwerfer in Schauenstein (Plakatierungsverordnung)

Sehr geehrte Damen und Herren,

email vom 17.04.2021 beabsichtigen Sie die Aufstellung von Wahlwerbetafeln anlässlich der Bundestagswahl 2021.

Die zu den Wahlen zugelassenen politischen Parteien und Wählergruppen unterliegen anlässlich der Bundestagswahl nicht den Beschränkungen der Plakatierungsverordnung der Stadt Schauenstein, sofern sich die Plakatierung auf den Zeitraum von sechs Wochen vor dem Wahltermin beschränkt. Die Erteilung einer förmlichen Genehmigung ist für den von Ihnen geschilderten Zweck nicht erforderlich bzw. möglich. Für die Aufstellung von Werbetafeln auf privaten Flächen wenden Sie sich bitte an den jeweiligen Grundstückseigentümer.

Die Stadt Schauenstein weist darauf hin, dass die Werbemittel nach § 3 Abs. 2 der Plakatierungsverordnung innerhalb einer Woche nach der Wahl wieder entfernt werden müssen.

Die Plakatierungsverordnung der Stadt Schauenstein erhalten Sie zu Ihrer Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Puchta
Verwaltungsfachangestellte

Hausanschrift
Rathausplatz 1
95197 Schauenstein
www.schauenstein.de
E-MAIL:
stadt@schauenstein.de

Sprechzeiten der Verwaltung
Montag 08:00-12:00, 14:00-18:00 Uhr
Dienstag, Mittwoch, Freitag: 08:00-12:00 Uhr
Donnerstag: 08:00-12:00, 14:00-16:00 Uhr

Bankverbindungen:

Sparkasse Hochfranken BIC BYLADEM1HOF
IBAN: DE35 7805 0000 0430 3004 00 (Stadt Schauenstein) oder
IBAN: DE87 7805 0000 0380 0043 82 (Gemeinde Leupoldsgrün)
Raiffeisenbank Hochfranken West eG BIC GENODEF1SZF
IBAN: DE87 7706 9870 0000 7117 05 (Stadt Schauenstein) oder
IBAN: DE15 7706 9870 0000 6107 63 (Gemeinde Leupoldsgrün)

Verordnung über das Anbringen von Anschlägen und Plakaten und über die Darstellungen durch Bildwerfer in Schauenstein (Plakatierungsverordnung)

vom 1. August 2007, geändert durch Verordnung vom 26. August 2019

Auf Grund des Art. 28 des Landestraf- und Verordnungsgesetzes (LStVG) erlässt die Stadt Schauenstein folgende

Verordnung:

§ 1 Beschränkung von Anschlägen auf bestimmte Flächen

- (1) Zum Schutz des Orts- und Landschaftsbildes und zum Schutze von Natur-, Kunst- und Kulturdenkmälern ist es verboten, öffentliche Anschläge innerhalb des Gemeindegebietes in Schauenstein entlang der Helmbrechtser Straße, der Nailaer Straße, der Hofer Straße, der Bergstraße, der Beethovenstraße, der Richard-Wagner-Straße, der Kommerzienrat-Waldenfels-Straße (HO 26), der Bahnhofstraße und des Marktplatzes; in Neudorf entlang der Staatsstraße 2693; in Volkmannsgrün entlang der Staatsstraße 2195 und der Staatsstraße 2693; in Uschertsgrün entlang der Hauptdurchgangsstraße (Ortsstraße Nr. 6); in Haidengrün entlang der Hauptdurchgangsstraße (Ortsstraße Nr. 1) anzubringen.
- (2) Darstellungen durch Bildwerfer dürfen in der Öffentlichkeit nur nach vorheriger Genehmigung durch die Gemeinde vorgeführt werden.

§ 2 Begriffsbestimmung

- (1) Anschläge in der Öffentlichkeit sind Plakate, Zettel oder Tafeln, die an unbeweglichen Gegenständen wie Häusern, Mauern, Zäunen, Telegrafmasten oder an beweglichen Gegenständen wie Ständern angebracht werden, wenn die Anschläge von einer nach Zahl und Zusammensetzung unbestimmten Menschenmenge – insbesondere vom öffentlichen Verkehrsraum – aus wahrgenommen werden können.
- (2) Die Vorschriften insbesondere der Straßenverkehrsordnung, des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes, des Bundesfernstraßengesetzes, der Bayerischen Bauordnung (BayBO) und des Baugesetzbuches bleiben unberührt. Insbesondere ortsfeste Anlagen der Wirtschaftswerbung (Werbeanlagen) im Sinn von Art. 2 Abs. 1 Satz 2 BayBO fallen somit nicht unter den Regelungsbereich dieser Verordnung.

§ 3 Ausnahmen

- (1) Von der Beschränkung nach § 1 ausgenommen sind Bekanntmachungen, die von den Eigentümern, dinglich Berechtigten, Pächtern oder Mietern von Anwesen oder Grundstücken an diesen in eigener Sache angeschlagen werden, und Plakate und Ankündigungen, die für Veranstaltungen durch örtliche Vereine und Verbände in den Schaufenstern ausgehängt werden.
- (2) Von der Beschränkung nach § 1 ebenfalls ausgenommen sind Wahlplakate und ähnliche

Werbemittel, die außerhalb der von der Gemeinde zum Anschlag bestimmten Anschlagtafeln (§ 1 Abs. 2), insbesondere an beweglichen Wahlplakatständern angebracht worden sind, in folgendem Umfang:

- a) bei Europawahlen, Bundestagswahlen, Landtagswahlen und Kommunalwahlen die politischen Parteien und Wählergruppen für einen Zeitraum von sechs Wochen vor dem Wahltermin,
- b) bei Volksbegehren die jeweiligen Antragstellerinnen und Antragsteller für einen Zeitraum von vier Wochen vor dem Beginn bis zum Ende der Auslegung der Eintragungslisten,
- c) bei Bürgerbegehren die jeweiligen vertretungsberechtigten Personen für einen Zeitraum von sechs Wochen ab Anzeige bei der zuständigen Straßenverkehrsbehörde,
- d) bei Volks- und Bürgerentscheiden die jeweiligen politischen Parteien und Wählergruppen sowie die jeweiligen Antragstellerinnen und Antragsteller und vertretungsberechtigten Personen der zur Abstimmung zugelassenen Begehren für einen Zeitraum von sechs Wochen vor dem Abstimmungstermin

Diese Werbemittel müssen innerhalb einer Woche nach der Wahl wieder entfernt werden.

- (3) Im Übrigen kann die Gemeinde in besonderen Fällen – insbesondere anlässlich besonderer Ereignisse – im Einzelfall auf Antrag Ausnahmen von den Beschränkungen des § 1 gestatten, wenn dadurch das Orts- und Landschaftsbild oder ein Natur-, Kunst- oder Kulturdenkmal nicht oder nur unwesentlich beeinträchtigt wird und Gewähr besteht, dass die Anschläge innerhalb einer gesetzten Frist wieder beseitigt sind.

§ 4 Ordnungswidrigkeiten

Nach Art. 28 Abs. 2 LStVG kann mit Geldbuße belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 1 ohne eine Ausnahmegenehmigung nach § 3 öffentlich Anschläge außerhalb der zugelassenen Flächen anbringt oder anbringen lässt,
2. entgegen § 1 Absatz 1 Satz 2 ohne Genehmigung öffentliche Bilddarstellungen vorführt.

§ 5 In-Kraft-Treten - Geltungsdauer

- (1) Diese Verordnung tritt zum 1. September 2007 in Kraft.
- (2) Die Verordnung gilt 20 Jahre.

¹⁾ § 3 Abs. 2 geändert durch die am 01.10.2019 in Kraft getretene Änderungsverordnung vom 26.08.2019

